

Antisemitismus am Luisenplatz

Unbekannte beschmieren Fenster bei Starbucks
mit Parolen / Politiker reagieren mit Empörung

Von Daniel Baczyk

DARMSTADT. Die Darmstädter Filiale der US-Gastronomiekette Starbucks am Luisenplatz wurde in der Nacht zum Mittwoch Ziel eines jüdenfeindlichen Angriffs. Unbekannte schmierten antisemitische Parolen an die Fensterfronten. Am Mittwochmorgen wurden die Schmierereien entdeckt und die Polizei verständigt. Politiker äußerten sich empört über die Tat am Vortag des Jahrestags der Pogromnacht von 1938.

Polizei leitet
Ermittlungsverfahren ein

Am Mittwochnachmittag waren die Schmierereien spurlos beseitigt. Die Leiterin der Filiale wollte sich zu dem antisemitischen Vorfall nicht äußern. Die Polizei leitete ein Ermittlungsverfahren ein.

Augenzeugen berichteten, an die Glasfenster sei mit weißer und roter Farbe „Hier Kindermörder“ und „Free Gaza“ geschrieben worden. Damit soll offenbar eine Verbindung zwischen Starbucks und dem Vorgehen Israels im Kampf gegen die Terrororganisation Hamas im Gaza-Streifen hergestellt werden.

Starbucks sieht sich im Internet einer Flut von Hassbotschaften und Boykottaufrufen ausgesetzt, nachdem die US-Zentrale des Franchiseunternehmens im Nahostkonflikt Position gegen die Hamas bezogen hatte. Auslöser war eine Solidaritätserklärung der Gewerkschaft „Starbucks Workers United“ mit den Palästinensern in einem

Sozialen Netzwerk. Die Unternehmensführung distanzierte sich von der Erklärung und verurteilte die Taten der Hamas.

Nach Mutmaßungen ist die massive Kritik an Starbucks auch darauf zurückzuführen, dass der Unternehmensgründer Jude ist.

Abgeordnete aus der Region verurteilten die Tat auf dem Luisenplatz am Mittwoch scharf. „Die Schmierereien auf der Starbucks-Filiale sind klar zu verurteilen, gerade weil sie im antisemitischen Sinne eine Dämonisierung Israels vornehmen“, erklärte Philip Krämer (Grüne), Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft AG Darmstadt. Er betonte, dass nicht Israels Soldaten gezielt Kinder ermordet hätten, sondern Angehörige der Hamas. „Das Markieren von Geschäften als Unterstützer Israels oder der Juden erinnert an dunkle Zeiten und muss von allen Demokratinnen und Demokraten klar verurteilt werden.“ Die Einschüchterung jüdischer Bürgerinnen und Bürger dürfe nicht zugelassen werden, forderte Krämer.

„Nie wieder ist jetzt“, schrieb der Pfungstädter CDU-Landtagsabgeordnete Maximilian Schimmel im Netzwerk Facebook. Er brachte die Parolen mit dem bevorstehenden Jahrestag der Pogromnacht in Verbindung und verwies auf die jüdische Religionszugehörigkeit des Starbucks-Gründers. „Wehret den Anfängen! Kein Platz für Antisemitismus in unserer Gesellschaft“, schloss Schimmel.